

CVP Stadt Sursee zu Vernehmlassung Neue Gemeindeordnung

Neue Gemeindeordnung: Vernehmlassung der CVP Stadt Sursee

Stadtrat und Gemeindeversammlung stärken

Im Rahmen der Vernehmlassung zur Neuen Gemeindeordnung (NGO) hat die CVP der Stadt Sursee in den Grundlinien klar und konsequent jene Postulate vertreten, die dem Stadtrat den politischen Leitungsauftrag und die zugehörigen Kompetenzen belassen; eine Verwischung zwischen politischem Führungsauftrag und verwaltender Tätigkeit soll verhindert werden.

Die CVP vertritt jene Postulate, die den Behörden der Stadt in allen Bereichen der öffentlichen Tätigkeit, auch der Schule, einerseits Handlungsspielraum ermöglichen und die andererseits die erforderliche Aufsicht über die behördliche Tätigkeit auch ausreichend absichern.

Auf diesem Hintergrund vertritt die CVP der Stadt Sursee in ihrer Vernehmlassungsantwort die Auffassung, dass anstelle der bisherigen Rechnungskommission eine Controllingkommission – ergänzt um den Beizug einer externen Revisionsstelle, wie man dies bisher schon praktiziert hat, gewählt werden soll.

Sorge tragen zur Gemeindeversammlung

Eine Stärkung der Exekutive stellen auch die erhöhten Limiten für die Finanzkompetenzen dar. Die Neuansetzung der Finanzkompetenzen für den Stadtrat trägt dazu bei, die Gemeindeversammlung einerseits zu entlasten und andererseits aber auch zu verwesentlichen. Es ist unübersehbar geworden: Wer die Gemeindeversammlung weiterhin als Entscheidungsorgan der Bürgerinnen und Bürger ernst nehmen will, muss auch bereit sein, zwischen wichtigen und weniger wichtigen Geschäften zu unterscheiden. Eine Ueberfüllung der Gemeindeversammlung mit relativ vielen „kleinen“ Geschäften“ führt zu einer Ueberforderung dieser Institution und damit auch zu einer schleichenden Abwertung. Die CVP steht in ihrer Vernehmlassung klar zur Gemeindeversammlung, möchte aber andererseits vom Stadtrat auch wissen, warum die Frage eines Gemeindeparlaments, eines Einwohnerrats also, in den Vorbereitungsarbeiten zur neuen Gemeindeordnung nicht ernsthaft in Erwägung gezogen worden sei.

Stadtrat ist politisches Führungsorgan

Klar bezieht die CVP auch Stellung zu den Aufgaben und dem politischen Gewicht des Stadtrates, das seinen Ausdruck auch in den für die Mitglieder des Stadtrates

eingräumten Stellenprozenten findet. Die CVP steht zur Auffassung, dass der Stadtrat Führungsorgan dieser Stadt bleibt und dass seine Mitglieder dementsprechend eine angemessene Arbeitszeit zur Verfügung haben sollen. Die Stellenprozente für die Stadträte sollen in der Gemeindeordnung nicht fixiert und dort weder nach oben oder nach unten begrenzt werden. Eine willkürliche Senkung der Stellenprozente, und das erst noch ohne Definierung der dem Stadtrat zugeordneten Aufgaben, macht die CVP nicht mit. In keinem rational geführten Betrieb werden zuerst die Stellenprozente festgesetzt und dann die Aufgaben definiert. Der Vorgang läuft umgekehrt: Zuerst werden die Aufgaben definiert, dann die erforderlichen Stellenprozente errechnet und die dafür fähigsten Persönlichkeiten gesucht. Die CVP regt deshalb an, dass der Stadtrat anhand des Pflichtenhefts der Stadträte die für die Aufgabenerfüllung benötigten Stellenprozente errechnet.

In der Vernehmlassung sagt die CVP klar, dass sie die politische Verantwortung dem Stadtrat zugeordnet wissen will; eine Machtverschiebung hin zu den verwaltenden Organen ist für sie keine Option, schon gar keine zeitgemässe. Indirekt wird damit auch jenen Gedanken eine Absage erteilt, die meinen, eine Gemeinde sollte wie ein Industriebetrieb „gemanagt“ werden. Die CVP will keinen „Chief Executive Officer“ (CEO) auf Verwaltungsebene.

Wer führt künftig die Schulen?

Wie aus den bisher veröffentlichten Vernehmlassungsantworten zu entnehmen ist, herrschen bezüglich der Führung der Stadtschulen recht kontroverse Vorstellungen. Der Entwurf der Gemeindeordnung postuliert, dass der Stadtrat die strategische und die Schulleitung die operative Führung der Schule innehaben sollen. Eine Bildungskommission soll den Stadtrat bei der Entwicklung und Planung der Schule unterstützen. Mit einem solchen Modell wäre der bisherigen Schulpflege „das Ende eingeläutet“. Die CVP sieht noch erheblichen Klärungsbedarf. Darauf hat sie in der Vernehmlassung verwiesen, dass nämlich die Aufgabenteilung zwischen dem Bildungsressort (Stadtrat), der neuen Bildungskommission und der Schulleitung zuerst zu klären sei. Die Zeichen stehen auch da auf Erneuerung – hoffentlich. Und noch in einem andern Punkt setzt die CVP einen Akzent: Sie schlägt vor, den Begriff „ökologisch“ in die Präambel aufzunehmen. Diese würde demnach lauten: „In der Absicht, die Freiheit aller Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Sursee zu erhalten, die natürlichen Lebensgrundlagen zu bewahren und ein gemeinwesen zu gestalten, in dem ein friedliches Zusammenleben in sozialer, ökologischer und wirtschaftlicher Sicherheit möglich ist, wird folgende Gemeindeordnung erlassen“(...).

CVP Stadt Sursee